

„Vertrauen in der Krise. Herausforderungen für Demokratie und Zivilgesellschaft“

Vortrag beim Parlamentarischen Abend der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen am 19. Juni 2018 im Alten Rathaus, Hannover

Annette Kurschus, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen
und Stellvertretende Vorsitzende des Rates der EKD

I.

Haben Sie herzlichen Dank für die Einladung zum heutigen Parlamentarischen Abend. In turbulenten politischen Zeiten will ich mit Ihnen zusammen nachdenken über das Thema: *„Vertrauen in der Krise. Herausforderungen für Demokratie und Zivilgesellschaft.“*

Vertrauen, so wusste es ein ehemals führendes Bankhaus, sei „der Anfang von allem“.

Und tatsächlich ist Vertrauen – ein Begriff, den man einst intuitiv eher den Sphären der Pädagogik, dem Marketing oder gar der Theologie zugeordnet hätte – ausgerechnet seit der Banken- und Finanzkrise im Jahr 2008 zu einer eminent *politischen* Vokabel geworden. Das ist seither so geblieben. Davon zeugen die Verschiebungen im Parteiengefüge im Nachgang der Migrationsbewegungen der Jahre 2015 und 2016. Davon zeugen nicht minder die Software- und Betrugsskandale in der – muss man sagen: ehemaligen ? – deutschen Vorzeigeindustrie, der Automobilproduktion. Zu schweigen von den innereuropäischen Beziehungen, den weltpolitischen Umbrüchen im Nahen Osten, im Osten Europas und in den transatlantischen Bezügen.

Vertrauen, so scheint es, ist brüchig und im Schwinden. Zu diagnostizieren sind vielfältige Vertrauenskrisen an den Schnittpunkten von Individuum und Gesellschaft, von Politik und Medien, von Wirtschaft und Recht, von Verwaltung und Institutionen. Und auch wenn die Ursachen im Einzelnen sehr unterschiedlich sind, so verdichten sie sich doch mitunter zu dem Eindruck einer prinzipiellen Krise der politischen und gesellschaftlichen Repräsentationssysteme.

Dieses Knirschen im Gebälk erstreckt sich vom Generalverdacht gegen demokratische Parteien, die Medien und die Wirtschaft über latente Verachtung einzelner Mandatsträger bis hin zu einem durchaus gespannten Verhältnis zwischen der Institution Kirche und einzelnen Glaubenden, zwischen kirchenleitenden Instanzen einerseits und der gemeindlichen Basis andererseits.

Der Frage nach dem „Vertrauen in der Krise“ möchte ich mich im Folgenden in drei Schritten nähern.

Ich frage zunächst nach den oft paradoxen Haltungen gegenüber Autorität, wie sie der Soziologe Richard Sennett als typisch für die moderne Gesellschaften bezeichnet hat.

Ich skizziere sodann die Rolle der Kirche im öffentlichen Raum, die als eine gegliederte Institution vom grundsätzlichen Misstrauen gegenüber Institutionen mitbetroffen ist und zugleich mit dem, was sie ausmacht, im öffentlichen Diskurs gefragt und herausgefordert wird.

Und ich schließe mit einigen knappen Überlegungen zur „Entfeindung“ als Grundzug humaner Politik.

II. Autoritäts- und Vertrauensfragen

Betrachten wir zunächst eine Grundfrage von Vertrauen im öffentlichen Raum, nämlich die Frage nach dem Recht und den Grenzen von Autorität. Die Situation ist paradox. Einerseits *brauchen* Menschen von Kindesbeinen an Personen, die Halt, Schutz und Geborgenheit gewähren.

In diesem Bedürfnis liegen die Quellen von Vertrauensvorsprung und von Herdentrieb, auf der Basis dieses Bedürfnisses wachsen Orientierung und Denkfaulheit, und auf ihm fußen die Bereitschaft, „sich mitnehmen zu lassen“, ebenso wie die seltsame Lust auf einfache Antworten.

Zugleich aber – und erst dies macht es paradox – fürchten Menschen im Gefälle von Macht, Einfluss, Wissen und Vermögen, aus dem sich die Notwendigkeit von Schutz, Haltung und Orientierung ableitet, auch eine Einschränkung und Gefährdung ihrer Freiheit und Individualität. Aus dieser Furcht speisen sich Ablehnung, Empörung und Wut.

Nicht selten werden dabei legitime und demokratisch legitimierte Autoritäten als illegitim empfunden. Nicht selten werden sie sogar aktiv de-legitimiert.

Und während hier und da geheime oder offene Bewunderung für autoritäre Systeme und Führungsstile geäußert wird, herrscht zugleich eine tiefe Sehnsucht nach echter, wahrer, glaubwürdiger Autorität.

Es ist ein paradoxes Ineinander von Bindung und Ablehnung.

„*Ablehnungsbindung*“ hat der amerikanische Soziologe und Sozialpsychologe *Richard Sennett* dieses Phänomen bereits vor geraumer Zeit genannt. Er erkennt darin ein grundlegendes Problem moderner Gesellschaften.

Ablehnungsbindung: Wir kennen sie im sozialen Nahbereich etwa von pubertierenden Jugendlichen. Im Dauerkonflikt mit Eltern und Lehrern rebellieren sie notorisch und fordern dabei oft gleichzeitig maximale Fürsorge und Versorgung ein.

Ablehnungsbindung: Biografisch geht das vorbei. Aber was geschieht auf der Ebene der Gesellschaft? Was geschieht im Verhältnis zu den gewählten Repräsentanten, wo sich das Gefälle der Macht nicht mit der Zeit von selbst auswächst? Und was schließlich geschieht, wo im Zuge von Ökonomisierung, Globalisierung und Digitalisierung weite Bereiche des Lebens nicht mehr allgemein zugänglich und verstehbar sind – und sich der direkten oder mittelbaren politischen Beeinflussbarkeit prinzipiell zu entziehen scheinen?

Hier – so mein Eindruck – greift leicht ein merkwürdiger Zirkel von übersteigter Erwartung und ebenso übersteigter Kritik, von höchsten moralischen Maßstäben und gefühlter Verdorbenheit.

Man kann das als unreif abtun. Und doch ist dieses Paradox eine Realität und nimmt die angefragten Autoritäten in die Pflicht. Denn es gibt ja zweifellos fragwürdige Formen gelebter Autorität.

Zum Beispiel den „*Paternalismus*“. Jene suggerierte Väterlichkeit oder Mütterlichkeit, die vorgibt, sie könne alles, was nützt und Not macht, für alle regeln. Vorausgesetzt, man folge gläubig jener Maßnahme oder dieser Botschaft.

Das geschieht gewöhnlich im Brustton der Überlegenheit: Man weiß in allem genau Bescheid; auf Kanzeln und vor Mikrofonen wird die Welt erklärt. Eine Spielart dieser Art von Paternalismus ist übrigens meines Erachtens auch die Behauptung: „Wir allein vertreten *die* Interessen *des* Volkes.“ Bei näherem Zusehen reicht diese Interessensvertretung nicht über die eigene politische Zielgruppe hinaus und spricht allen anderen die Zugehörigkeit ab. Andersdenkende werden per se und prinzipiell des Verrats oder Betrugs verdächtigt. Kein Zweifel: Das generiert Bindung, das sichert Aufmerksamkeit und heimst manche Zustimmung ein. Aber solcher Paternalismus infantilisiert mündige Bürgerinnen und Bürger statt sie zu überzeugen. Und er trägt, da er seine Allwissenheit und Allzuständigkeit ja nur suggerieren kann, zuletzt zum Vertrauensverlust bei.

Ich bin überzeugt, die Demokratie und die demokratischen Institutionen brauchen als Ferment, als Katalysator und als kritisches Gegenüber erwachsene Bürgerinnen und Bürger: Kritisch und selbstkritisch, kundig und mündig, fähig zum Diskurs und zum Konflikt.

Und derart erwachsene Bürgerinnen und Bürger brauchen umgekehrt politische Institutionen und Mandatsträger, die sie als solche ansprechen und in die Pflicht nehmen.

Nebenbei bemerkt ist es ja dieser Tage gerade 100 Jahre her, dass durch die Weimarer Reichsverfassung auch die *Bürgerinnen* das Wahlrecht erhielten. Und damit das Zutrauen, als politische Subjekte agieren zu dürfen und zu können.

Woher aber erwächst eine Haltung, die diesem Recht entspricht?

In der evangelischen Predigtlehre gibt es einen berühmten Satz. Mir scheint, er taugt auch zum Satz politischer Rhetorik und Überzeugungskunst.

Der Satz aus der Predigtlehre besagt, ein Prediger müsse sich seinen Hörer und seine Hörerin regelrecht *erfinden*. Mit anderen Worten: Wer predigt, muss den Hörerinnen und Hörern just das zuallererst zutrauen, was er in ihnen zu wecken und zu erreichen sucht.

Indem er den Menschen solches Zutrauen entgegenbringt, wächst bei denen auch umgekehrt neues Vertrauen.

Zum Paternalismus gehört in der Typologie Richard Sennetts das, was „*Autorität ohne Liebe*“ nennt. Sie kommt im Gestus der Unanfechtbarkeit

daher. Sie zeigt die kalte Schulter, sie nimmt das Gegenüber nicht ernst; sie lässt es Ohnmacht spüren und beschämt es, indem sie deutlich zu verstehen gibt: Du kannst nichts, du weißt nichts, eigentlich bist du bedeutungslos.

Hier muss Vertrauen zurückgewonnen werden. Dazu braucht es Strukturen, in denen es zu einem echten Austausch kommt. Es braucht Prozesse und Räume des Politischen, in denen breite, gelingende Partizipation möglich ist. Damit Menschen erfahren, dass sie mit ihren Themen vorkommen und gehört werden – auch wenn sie kein Einverständnis und keine Mehrheiten für ihre Positionen finden.

III. Die Kirche und die Politik

„Ich möchte Sie ultimativ auffordern: Halten Sie sich aus der Politik raus! Solche Positionierungen sind nicht Ihre Aufgabe, und Sie haben in weltlichen Dingen kein Monopol auf die Wahrheit.“

So schrieb mir ein empörter Zeitungsleser, nachdem ich mich in einem Pressegespräch zu bestimmten Fragen der Migration und zu bestimmten Positionen und Aussagen rechtspopulistischer Strömungen und Parteien geäußert hatte. Ich war angefragt worden in meiner Funktion als leitende Theologin einer großen Landeskirche, und ich hatte meine Haltung deutlich gemacht, wie sie mir von meinem Verständnis des Evangeliums her geboten scheint. Zu denselben Aussagen im selben Interview bemerkte ein anderer: *„Sie eiern rum.“* Ich hatte bewusst vermieden, Personen zu verunglimpfen oder gar den Glauben anderer mit einer Art theologisch-religiösem Bannstrahl zu belegen. Das war dem Mann zu wenig „klare Kante“.

Mag sein, dass es Differenzierungen in Zeiten aufgeregter und emotional aufgeheizter Debatten schwer haben. Und ganz offensichtlich wird das, was den einen als Lavieren und Rumeiern gilt, von anderen bereits als Anspruch auf unfehlbare Wahrheitsmonopole gehört.

Trotzdem gilt es – und zwar innerhalb wie außerhalb der Kirche –, an der Notwendigkeit der Differenzierung festzuhalten.

Denn es ist die Chance und die Aufgabe politischer und zivilgesellschaftlicher Debatten, aus Feinden Gegner zu machen – also Menschen, die miteinander reden und einander zuhören können, statt einander zu bekämpfen, zu beschimpfen oder zu beschweigen.

Die Fähigkeit zum Diskurs und zum Konflikt muss geübt, gepflegt, bewahrt und auch eingefordert werden – und dazu haben die Religionen Spezifisches beizutragen.

Was nun die Rolle der Kirche und des Glaubens im öffentlichen Raum und in politischen Fragen angeht, so ließe sich schlicht darauf hinweisen, dass im Feld des Politischen – wie überall – auch das Nichtstun ein Tun und auch das Nichtssagen eine Äußerung ist. Dass es den unpolitisch schlanken Fuß also schlicht nicht gibt, selbst wenn man ihn sich wünschen dürfte.

Mit solchen Hinweisen allein ist es allerdings nicht getan. Denn das Verhältnis von Religion und Politik, allemal das von Protestantismus und

Politik, ist ein spannungsreiches. Nicht nur je und dann in aktuellen Sachfragen. Sondern per se und prinzipiell.

Der ehemalige Finanzminister Wolfgang Schäuble hat dies im letzten Jahr in einem lesenswerten Essay zum Reformationsjubiläum folgendermaßen formuliert:

„Dass Religion politisch ist, kann niemand übersehen, der sich mit der Reformation beschäftigt.“ Und: *„Die Reformation hatte von Anfang an eine politische Dimension und hat politische Entwicklungen in Deutschland und Europa jahrhundertlang und bis in die Gegenwart beeinflusst.“*¹

Wenn der Minister als Politiker und evangelischer Christ *„manchmal den Eindruck“* hat, *„es gehe in der evangelischen Kirche primär um Politik, und [...] politische Überzeugungen [seien] ein festeres Band als der gemeinsame Glaube“*; wenn er feststellt, dass *„die Kirche immer dort und dann politisch einflussreich“* war, *„wo und wenn sie sich ihres geistlichen Kerns bewusst“* geblieben sei; wenn er betont, es gehe darum, auch *„die Eigenart und Eigenlogik des Politischen zu respektieren“*, so darf und soll man diese allgemeinen Aussagen wohl auch als sehr speziellen Kommentar hören.

Als Kommentar eines Politikers und evangelischen Christen zur politischen Haltung und Positionierung der Kirchen beispielsweise in den Migrationsfragen der Gegenwart.

Setzt sich die Kirche tatsächlich zu leichtfertig über die Eigenlogik des Politischen hinweg – in einer Art großer Koalition der Gefühlsduseligkeit? Schwingt sie sich gar zu einer linkspopulistischen Moralagentur auf, die das Evangelium mit Gesinnung verwechselt? So lauten die Anfragen.

„Sie haben in weltlichen Dingen kein Monopol auf die Wahrheit“, schrieb der empörte Zeitungsleser. Wer wollte das bestreiten?

Martin Luthers Erkenntnis, dass auch Konzilien irren können, gilt für jedes menschliche Gremium. Auch für die Kirchen.

Es kann also nicht darum gehen, von vermeintlich unanfechtbarer Warte aus Autorität und Gefolgschaft einzufordern. Und doch bleibt es dabei, dass die Religionen und Glaubensgemeinschaften als wichtige gesellschaftliche Kräfte mit ihren Positionen zum Diskurs der Zivilgesellschaft nicht nur beitragen dürfen - wie es das Prinzip der negativen und positiven Religionsfreiheit impliziert. Sie sollten sich weder in selbstgewählten Nischen verstecken noch in zugewiesenen Reservaten einigeln und die Welt sich selbst überlassen.

Der Glaube - dies gilt zumindest für den christlichen Glauben - muss sich auch und gerade in weltlichen Dingen zu Wort melden, denn er weiß sich zu menschlicher Weltgestaltung und zur Weltverantwortung berufen. Er ist darum stets mehr als nur Privatsache.

Der Glaube - hier stimme ich ganz mit Wolfgang Schäuble überein – ist immer dann politisch besonders kräftig und wirksam gewesen, wenn er aus seinem Innersten und Eigensten heraus gelebt und gesprochen hat. Das Wort Gottes ist immer auch ein fremdes Wort. Eine lebendige

¹ Ders., Das Reformationsjubiläum 2017 und die Politik in Deutschland und Europa, in: PTh 105 (2016), 44-53, 45.44

Botschaft, die uns nie gehört und nie zur Verfügung steht als starrer Wertekanon mit fertigen Antworten.

Das Innerste und Eigenste unseres Glaubens - etwa die Texte der Bibel und die Grundbotschaft der Reformation - sprechen deutlich und direkt, tröstend und herausfordernd, befreiend und unbequem; bisweilen überraschend oder auch erschreckend konkret. Das Wort, aus dem wir leben und das wir verkündigen, zielt deutlich und direkt auf die ganze Wirklichkeit – und damit auch in den Raum und in die Fragen des Politischen hinein.

Gewiss: Im Protestantismus gibt es niemanden, der oder die von oben herab und mit unhinterfragter Autorität zu sagen hätte, was Christenmenschen richtig oder falsch finden müssen, was sie zu tun oder zu lassen haben. Vielmehr folgen evangelische Christen dem Wort der Schrift und ihrem eigenen Gewissen. Dabei können sie sich irren. Dessen eingedenk werden sie sich stets der Gefahr bewusst sein, zu kleinlaut zu reden oder den Mund zu voll zu nehmen.

Aber sie sind und bleiben vom Evangelium her gefragt, zur Gewissensschärfung beizutragen.

Sie sind und bleiben beauftragt, mehr zu sagen und zu hoffen und zu vertrauen als sich ohne die Botschaft von der Güte und Gerechtigkeit Gottes sagen und hoffen und vertrauen ließe.

Und schließlich stimmt auch dies: Einen Gott, der sich in dem, was er von sich hören lässt und was von ihm gesagt wird, kaum unterscheidet von dem, was in den Chefetagen und Chefredaktionen gesagt und gedacht und gewollt wird; ein Gott, dessen Botschaft verwechselbar wäre mit den Verlautbarungen aus Parteizentralen, Präsidien und Kirchenämtern – einen solchen Gott braucht kein Mensch.

Gott, wenn er Gott ist, ist anders und unbequem. Er ist – wie es im Jesajabuch heißt – *„der Hohe und Erhabene, ... dessen Name heilig ist“*, der *„in der Höhe wohnt und bei den Zerschlagenen und Erniedrigten, dass ihr Herz wieder auflebe.“* (Jesaja 57,15)

IV. Die Entfeindung des Feindes und die Unterscheidung von Tat und Person

Es ist – so sagte ich eben – die Chance und die Aufgabe politischer und zivilgesellschaftlicher Debatten, aus Feinden Gegner zu machen.

Menschen also, die einander zumindest soweit vertrauen, dass sie miteinander reden und einander zuhören können, statt einander zu bekämpfen, zu beschimpfen oder zu beschweigen.

Wenn nicht alles täuscht, dann erleben wir allerdings gegenwärtig in manchen Teilen der Gesellschaft und in weiten Feldern der nationalen und internationalen Politik durchaus etwas, was man die „Renaissance der Feindschaft als politischer Kategorie“ nennen kann.

Ich erspare uns an dieser Stelle Konkretionen. Die werden ohnehin oft genug zitiert und beschworen.

Es war *Carl Schmitt*, der Staatsrechtler des frühen 20. Jahrhunderts und Theoretiker des Totalitarismus, der die Unterscheidung von Freund und Feind geradezu als das Wesen des Politischen definierte. Meines Erachtens muss es der Politik auch im Jahr 2018 – 100 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, im 80. Jahr nach der so genannten Reichspogromnacht und im 450. Jahr nach Beginn des Dreißigjährigen Krieges – um die bewusste und dezidierte Absage an ein solches Politikverständnis gehen. Das heißt: Um entschlossene und besonne, konsequente und geduldige Entfeindung. Solche Entfeindung hält und trägt harte kategoriale Differenzen aus, doch ebenso konsequent ist sie bestrebt, Differenzen zu versachlichen. Sie weigert sich geduldig, den Fehdehandschuh leicht fertiger und leichtfertiger personaler Zuschreibungen aufzuheben.

Die Herausforderung, die sich damit der Politik stellt – erst recht in einem aufgeheiztem Klima von Schuldzuweisungen und Personalisierungen, von Misstrauen und offener Feindschaft – liegt in einer eben so schlichten wie anspruchsvollen Grundunterscheidung.

Ich meine die Grundunterscheidung zwischen Person und Position, zwischen Person und Tat. Sie liegt, so scheint mir, jedem *fairen* Wettbewerb um die politische Zustimmung mündiger Bürgerinnen und Bürger zugrunde. Und sie ist wohl auch unverzichtbar für jede Form von politischer Partnerschaft und Zusammenarbeit, von Konsens- und Kompromissfindung. Darauf ist die Demokratie allein deshalb angewiesen, weil sie in ihrem Handeln und ihren Entscheidungen immer auch auf die Akzeptanz der jeweils unterlegenen Gruppe angewiesen bleibt. Eine solche Grundunterscheidung zwischen Person und Position, zwischen Person und Tat kann im Konkreten einerseits eine blanke Notwendigkeit sein – und andererseits als allzu hohes Ideal erscheinen. Aus der Perspektive des Glaubens ist sie zugleich eine grundlegende Vertrauensquelle.

Denn in ihr lässt sich eine menschliche Spiegelung dessen erkennen, was die Reformation als „Gerechtigkeit Gottes“ entdeckte. Eine grundlegende Neudefinition des Verhältnisses zwischen Gott und Mensch. Sie besteht darin, dass es zuerst und zuletzt Gott selbst ist, der im Blick auf den Menschen jene Unterscheidung von Person und Werk vornimmt. Der Theologe Eberhard Jüngel formuliert dies so:

„Wer aus der Gerechtigkeit lebt, der weiß, dass wir unsere Anerkennung nicht selber ins Werk setzen müssen. Gerechtfertigt sein heißt, eine unwiderruflich von Gott anerkannte Person zu sein.“

Dies zeitigt Folgen. Es schafft Handlungsspielräume, weil es menschliche Zuschreibungen und Festlegungen relativiert.

„Wer aus der Gerechtigkeit Gottes lebt, der wird aber auch im anderen Menschen eine von Gott unwiderruflich anerkannte Person respektieren: allen ihren möglichen Leistungen und Erfolgen zuvorkommend, allen ihren faktischen Fehlleistungen und Misserfolgen zum Trotz. Nicht was ein Mensch aus sich selbst macht, entscheidet über ihn, sondern dass Gott aus Sündern Gerechte macht, entscheidet über unser ewiges und deshalb

*auch über unser zeitliches Leben. Wer aus der Gerechtigkeit Gottes lebt, der wird in jeder menschlichen Person mehr sehen als nur einen Täter oder Untäter (...) und lässt uns auch im schlimmsten Fall hinter einer trostlosen Lebensgeschichte die menschliche Person entdecken, deren Gott sich selbst erbarmt hat. Wer aus der Gerechtigkeit Gottes lebt, kennt keine hoffnungslosen Fälle.*²

So verstanden berührt die Grundunterscheidung von Tat und Person nicht weniger als den Kern der *conditio humana* und die Vor-Gabe, der humane Politik zu dienen und den sie zu wahren hat. Sie markiert zugleich auch die Grenze jedes zivilgesellschaftlichen und politischen Handelns. Diese Grenze verläuft exakt dort, wo Menschen – politische Gegner, Angehörige anderer Ethnien, anderer Nationalität oder anderer politischer Überzeugungen – nicht mehr in ihrer grundsätzlichen und unverlierbaren Anerkennung durch Gott wahr- und ernstgenommen werden.

V.

Verehrte Anwesende,

Demokratie und christlicher Glaube wissen, wie verletzlich Vertrauen ist. Und wie unentbehrlich. Das gilt für das Vertrauen des Einzelnen wie für das Vertrauen der Gemeinschaft. Wie die moderne Gesellschaft ihren Kern in den Bürger- und Menschenrechten jedes Einzelnen hat, so wurzelt der Protestantismus in der Gewissheit: Jeder Mensch ist bedingungslos angesehen und anerkannt von Gott.

Aus beidem folgt: Das Gefälle der Macht zwischen gewählten Repräsentanten und der demokratischen Basis kann nicht als ein starres Ungleichgewicht verstanden werden.

Im Miteinander in Politik und Gesellschaft müssen wir zu einem erwachsenen Verhältnis zwischen Wählern und Politikern, zwischen Repräsentanten und Repräsentierten, zwischen Bürgern und Institutionen zurückfinden. Dazu braucht es „lesbare“ Autoritäten. Persönlichkeiten, die in ihren Handlungsweisen und Motiven, in ihren Möglichkeiten und Grenzen erkennbar sind. Auch mit dem, worauf sie vertrauen.

Für den Christinnen und Christen ist dabei eine grundlegende Quelle das Vertrauen auf Gott. Von Gott her fließen uns Menschen grundlegende Anerkennung und bedingungslose Liebe zu. Die ermöglichen uns, die erfahrene göttliche Liebe zu anderen Menschen weiterfließen zu lassen. Mag sein, Sie erkennen in dieser Struktur des Empfangens und Weitergebens etwas wieder von dem, was auch Politikerinnen und Politiker motiviert: Kein Mensch lebt aus sich selbst. Wir bleiben angewiesen aufeinander. Auch im Gemeinwesen sind wir immer Empfangende und Weitergebende zugleich.

Vertrauen muss in Strukturen und Systemen gelebt und gestaltet werden.

² Eberhard Jüngel, zitiert nach: Albrecht Grözinger, *Toleranz und Leidenschaft. Über das Predigen in einer pluralistischen Gesellschaft*, Gütersloh 2004, 209

Und doch sind es zuallererst Menschen, die Vertrauen wagen und Vertrauen gewinnen. Es sind zuallererst Menschen, durch die Vertrauen entsteht und wächst und weitergeht. Allen, die persönlich für Vertrauen einstehen in Politik und Gesellschaft, gelten mein Respekt und mein Dank, mein Vertrauen und mein Gebet.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.